

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/78

Bonn, den 27. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite | | Zeilen |
|-------|---|--------|
| ----- | | ----- |
| 1 - 2 | <u>Brückenbauer für Europa</u> Willy Brandts politische Reise nach Norwegen | 69 |
| 3 | <u>Auf dem Wege zur Mehrheit</u> Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein | 39 |
| 4 - 5 | <u>"Wahlplattform 70" für Nordrhein-Westfalen</u> Die Sozialdemokraten bringen das größte Bundesland auf Schwung | 68 |
| 6 | <u>Schweizer Armee bekommt Konkurrenz</u> Von Hermann Battaglia, Bern | 35 |

Brückenbauer für Europa

Willy Brandts politische Reise nach Norwegen

Willy Brandts Staatsbesuch in Norwegen, nach Dänemark sein zweiter als Bundeskanzler in Skandinavien, hat, wenngleich er ohne spektakuläre Ranken in aller Ruhe verlaufen ist, hohe politische Bedeutung gewonnen. Die Bundesrepublik und die drei nordischen Staaten haben keine prinzipiellen Probleme miteinander zu lösen. Die Schwierigkeiten, die heute oder morgen auftauchen, sind gesamt-europäischer Art und müssen daher auch im West-Nord-Bereich gesamt-europäisch überwunden werden. Aus der nordischen Sicht her beobachtet darf dabei keineswegs übersehen werden, daß die Bundesrepublik besonderes Gewicht bekommen hat. Wie vorher schon in Kopenhagen so ist jetzt auch in Oslo die Tatsache deutlich genug erkennbar geworden, daß man von Bonn aktive Schrittmacherdienste bei der Erweiterung und Festigung der westeuropäischen Kooperation sowie Schrittmacherdienste auch bei der Verständigung und Aussöhnung mit Ost-europa erwartet.

Willy Brandt ist sich dieser Aufgabe, die seiner Regierung und insbesondere ihm zufällt, voll bewußt. Man hatte es seinem Auftreten und seinen Reden in Kopenhagen angemerkt, man hat es an seinem Auftreten und in seinen Reden in Oslo feststellen können. Das Attribut, das ihm die norwegische Presse in spaltenlangen Kommentaren zugeschrieben hat, beweist, daß man gerade im europäischen Norden weiß, was man an Willy Brandt als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland hat. Es beweist aber auch, was man von ihm und von Bonn erhofft. Dieses Attribut "Brückenbauer für Europa", und das sowohl im Westen als auch nach Osten, kann so durchaus eine sehr schwere Bürde werden. Man muß in Disputen mit norwegischen Politikern und Journalisten aller Parteischattierungen und auch in Gasthausgesprächen mit dem norwegischen Herrn Jedermann den zwingenden Eindruck gewinnen, daß diese Hoffnungen und Erwartungen, die man gerade in Willy Brandt setzt, eine drückende und bedrückende Hypothek werden könnten.

Dieses Hoffen und Erwarten kann und muß natürlich auch beflügeln, und wenn man Willy Brandt in dieser für ihn so erinnerungsträchtigen norwegischen Umgebung erlebt und gehört hat, dann wird man in der Überzeugung noch mehr bestärkt, daß er rationell und emotionell ent-

schlossen ist, alle seine Kräfte für das Gelingen des europäischen Aufbaus und Zusammenschlusses einzusetzen. Dieser Brückenbau ist für Willy Brandt eine Vernunftssache genau so wie eine Herzenssache, und seine Kritiker in der Bundesrepublik sollten nicht vergessen, dieses Potential in ihre skeptischen Analysen und Berechnungen einzusetzen. Natürlich kann auch ein so angetriebener Willy Brandt keine Berge versetzen, wenn diese Berge sich selbst nicht versetzen lassen wollen. Der Weg nach Europa ist dornig und steinig, und die widerstrebenden Probleme sind nicht klein an Zahl. Aber ein Willy Brandt, so wie er sich vor kurzem im Kopenhagener Parlament und jetzt im Osloer Storting dargestellt hat, ist nicht nur ein Brückenbauer, sondern mehr noch: Er ist eine Lokomotive, die den über lange Jahre gar so langsamen und oft auch stillstehenden Europa-Zug bereits ganz schön in Schwung gebracht hat. Er weiß, daß es darauf ankommt, diesen Schwung nicht wieder erlahmen oder gar abbremsen zu lassen. Man wird es erleben, daß er alles in seinen Kräften Verfügbare tun wird, um den Schwung zu erhalten und noch weiter zu verstärken. Der Kooperations-Wille der Völker Europas wird dabei eine fördernde Hilfe sein: Im Westen und nach Osten.

Von Norwegen aus wird das retardierende Verhalten, mit dem einige westdeutsche Polit-Gruppen die Ostpolitik der Bundesregierung abzustoppen versuchen, noch weniger verständlich, als es das in der BRD sowieso schon der Fall ist. Möglicherweise ist es diesen Gruppen und ihren Führungsgruppchen tatsächlich noch nicht klar geworden, wie sehr man sich mit dieser Bremserei in deutlichen Gegensatz zu dem unsere Gegenwart beherrschenden Trend zur Aussöhnung, Verständigung und Kooperation stellt. Der von der Provinzialität her bestimmte Blickwinkel dieser Partei-Gruppen ist absolut antieuropäisch und also anti-deutsch und widerspricht damit auch unseren existenziellen Interessen. Noch ist die Gefahr, daß man im Ausland die Politagitation dieser Gruppen mit einer in etwa bestimmenden Strömung in der BRD gleichsetzen könnte, gering. Ein allzulautstarkes Gehaben dieser Gruppen könnte allerdings das Urteil z.B. im europäischen Norden über das Deutschland von heute durchaus wieder in negativer Weise beeinflussen. Ein Blick nach außen und ein Herumhören im Ausland sollte daher zur heilsamen Korrektur in der parteipolitisch akzentrierten Opposition in der BRD beitragen. Man kann das uns und Europa nur wünschen.

(Dr. Erhardt Eckert)

Auf dem Wege zur Mehrheit

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

sp - Die Sozialdemokraten können mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein mehr als zufrieden sein. Sie erzielten sowohl in den Städten (nur Lübeck macht hier eine Ausnahme) wie auch in den Landkreisen beachtliche Wahlerfolge, obwohl die CDU in der letzten Phase des Wahlkampfes das Gespenst einer Inflation heraufbeschwor und die Preise hochredete. Diese an Demagogie grenzende Haltung kam jedoch nicht an.

Im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen stieg bei einer um 4 Prozent stärkeren Wahlbeteiligung der sozialdemokratische Stimmenanteil von 39,8 auf 43,5 Prozent, die CDU verzeichnet einen geringfügigen Anstieg von 45,1 auf 45,4 Prozent. Die Freien Demokraten konnten zwar ihren Stand vom Jahre 1966 nicht halten, doch verbesserten sie im Vergleich zur letzten Bundestagswahl ihre Position, obwohl zwei FDP-Landtagsabgeordnete vor einiger Zeit ihren Übertritt zur CDU vollzogen hatten.

Die CDU hat im nördlichsten Bundesland ihren Höhepunkt offensichtlich überschritten. Überall dort, wo strukturverändernde Maßnahmen getroffen wurden - wie etwa im Gebiet nördlich von Hamburg - verlor die CDU an Boden. Ihre Stärke liegt in den Landkreisen, aber auch in ihnen sind bemerkenswerte sozialdemokratische Erfolge zu verzeichnen.

Neben der Kommunalpolitik spielte in der Wahlauseinandersetzung die Schulpolitik der CDU-beherrschten Landesregierung eine große Rolle. Hier hat die CDU recht empfindliche Minuspunkte aufzuweisen, auf die besonders die Jungwähler entsprechen reagierten. - Die CDU von Schleswig-Holstein hat einen besonders sehr stark konservativ und deutsch-national bestimmten Charakter, der sie unfähig macht, die Probleme einer im raschen Wandel befindlichen Industriegesellschaft zu begreifen. Das bekam sie in Großstädten und in den Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern recht empfindlich zu spüren.

Die Sozialdemokraten von Schleswig-Holstein, angespornt durch den Ausgang dieser Wahlen, hoffen jetzt noch sicherer als zuvor, bei den nächsten Landtagswahlen im Jahre 1971 die Mehrheit der Wähler zu gewinnen und damit die notwendige Wachablösung in Kiel herbeizuführen. Dieses Land, das zu den ärmsten Bundesländern gehört, braucht eine neue ideenreiche Führung, die mit frischer Kraft an die Lösung der vielfältigen, von der CDU-Regierung vernachlässigten Aufgaben heranzieht. - Die CDU im nördlichsten Bundesland ist verbraucht. Ihr Blick ist rückwärts gewandt. Der jungen vorwärtsstrebenden Generation vermag sie kaum noch etwas zu sagen.

"Wahlplattform 70" für Nordrhein-Westfalen

Die Sozialdemokraten bringen das größte Bundesland auf Schwung

kr - Ohne kommentierende oder interpretierende Schminke werden die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen ihre vom Landesparteitag in Düsseldorf verabschiedete "Wahlplattform 70" für die Landtagswahl am 14. Juni den 11,5 Millionen Wahlberechtigten zur Kenntnis bringen.

Das, was "der Bürger in NRW will", wird gleich anfangs aufgezählt:

Sichere Arbeitsplätze

Soziale Sicherheit

Gleiche Bildungschancen für jedermann

Preiswerte, moderne Wohnungen

Gute Verkehrsverbindungen

Erhaltung der Gesundheit

Sauberes Wasser und reine Luft

Mehr Schutz für Leben und Eigentum

Ein größeres Angebot für Freizeit, Erholung und Sport.

Ministerpräsident Kühn und seine Mannschaft wollen "die Bemühungen um moderne Industrien und die Schaffung einer zukunftsorientierten Landwirtschaft mit leistungsfähigen Betrieben konsequent fortsetzen". Das erfordert, wie es in der Wahlplattform 70 heißt, "eine genaue Erforschung der Berufs- und Arbeitswelt von morgen für eine vorausschauende aktive Arbeitsmarktpolitik". Wörtlich hierzu: "Sozialdemokratische Politik heißt Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit". Ferner: "Die Arbeitswelt braucht Mitbestimmung; mehr Mitbestimmung. Arbeit und Kapital müssen gleichberechtigt sein. Entscheidungen über die Köpfe der Arbeitnehmer hinweg darf es nicht mehr geben". Die SPD in NRW plädiert in diesem Zusammenhang für die "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" und "mehr Steuergerechtigkeit durch stärkere Belastung der hohen Einkommen und der Großvermögen" sowie für "die Einführung einer beweglichen Altersgrenze anstelle der bisherigen starren Regelung".

Zur Forderung nach "gleichen Bildungschancen für jedermann" darf festgestellt werden, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen ihr

beispielhaftes soziales Bildungssystem noch stärker ausbauen will. Erklärtes Ziel für den Hochschulbereich ist die Schaffung von 100.000 neuen Studienplätzen bis 1980, davon die Hälfte bis 1975.

"Berufliche Bildung und Allgemeinbildung müssen den gleichen Rang erhalten", wird in der Wahlplattform unterstrichen. "Eine sozialdemokratische Landesregierung wird das Berufsgrundschuljahr einrichten".

"Moderne Städte und Dörfer sowie eine leistungsfähige Verwaltung" zu schaffen, ist ein weiteres Ziel sozialdemokratischer Landespolitik zwischen Rhein und Weser. Bis 1975 will "die sozialdemokratische Landesregierung den Bau von 200.000 Neubauwohnungen und die Erneuerung von 250.000 Altbauwohnungen fördern". Für den weiteren Ausbau von "sozialen Einrichtungen" hat die Regierung Kühn in den letzten drei Jahren bereits alle Voraussetzungen geschaffen. In der nächsten Legislaturperiode will die SPD für 200.000 neue Plätze in Kindergärten sorgen. Das bedeutet, daß erstmalig alle Eltern ihre Kinder in Kindergärten geben könnten. Zur Verbesserung der Krankenbetreuung wird in NRW bis 1975 die Zahl der Betten in leistungsfähigen Krankenhäusern um jährlich 3.500 erhöht.

"Jeder soll schwarz auf weiß nachlesen können, was wir wollen. Jeder kann uns beim Wort nehmen. Das haben wir seit 1966 in der Regierungsverantwortung bewiesen. Sozialdemokraten haben in Nordrhein-Westfalen den Karren aus dem Dreck gezogen. Unser Land ist seitdem auf dem Weg in eine sichere Zukunft. Die Weichen sind richtig gestellt", so wird in der "Wahlplattform 70" festgestellt, die ferner darauf hinweist, daß "das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 die landespolitischen Zielvorstellungen der Sozialdemokraten in NRW konkretisiert".

In dieser Wahlplattform sind keine billigen Wahlversprechungen und auch keine Utopien zu Papier gebracht. Viele der Forderungen sind vielmehr von der Regierung Kühn bereits praktisch auf den Weg der Verwirklichung gebracht worden. - "Wir haben in den dreieinhalb Jahren unserer Regierungsarbeit die Schatten der Vergangenheit bewältigt. Nun gilt es, die Zukunft zu gestalten. Jetzt fangen wir erst richtig an", so lautet die Devise der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen für die Wahl am 14. Juni.

Schweizer Armee bekommt Konkurrenz

Von Hermann Battaglia, Bern

Seit dem 1. April bedeutet in der Schweiz Landesverteidigung nicht mehr gleich Armee. Seit diesem Tage gibt es eine Zentralstelle für Gesamtverteidigung, der ein aus Vertretern der verschiedensten Departemente (Ministerien) gebildeter Stab zur Seite steht. Einem aus Delegierten der Kantone, der Politik, der Wissenschaft, der Technik und der Wirtschaft zusammengesetzten Rat kommt lediglich beratende Funktion zu.

Mit dieser Neuorganisation ist die Erkenntnis, daß die soziale, wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung ebenso wichtig sind wie die militärische, von der Theorie in die Praxis umgesetzt worden. Wobei man sich keine Illusionen machen darf: Nach wie vor, besonders bei den Militärs, gilt die Armee als Hauptträger der Verteidigung, kommt den andern Sektoren nur ergänzende Bedeutung zu. Vielen Leuten bedeutet es große Mühe, einzusehen, daß gerade der soziale Teil von allergrößter Wichtigkeit ist.

Die Zahl derer, die glauben, daß eine aktive Außen- und Friedenspolitik ebenfalls zur Landesverteidigung gehören, ist immer noch klein. Weil in der Schweiz der Bundesrat jedes Jahr einen anderen Präsidenten hat, kennt man kein Präsidialdepartement. Sonst hätte man die Gesamtverteidigung sicher diesem unterstellt. So blieb nichts anderes übrig, als die neue Organisation dem Militärdepartement "anzuhängen". Daß das nicht gerade gute Voraussetzungen schafft, die Idee der Gesamtverteidigung gegen die rein militärisch Denkenden durchzusetzen, versteht sich.

Umso erfreulicher ist es, daß kein geringerer als der vom Militärdepartement eingesetzte Präsident der Studienkommission für strategische Fragen, Professor Schmid, vor wenigen Wochen ein eindeutiges Plädoyer zugunsten der Gesamtverteidigung abgelegt hat. Im Blick auf eine fernere Zukunft zeichnete er dabei sogar ein Verteidigungsbild, das mit Recht als revolutionär angesehen werden darf: Die Gesamtverteidigung soll von den bestehenden Strukturen ausgehen. Erstes Ziel müsse sein, daß im Konfliktfall das "Alltagsleben" weiter gehen könne. Dies setze u.a. voraus, daß die Armee, der mit ihrem Kampfauftrag nur unterstützende Bedeutung zukomme, sich auf die Leute beschränke, die "hinter der Front" entbehrlich sind. Kein Wunder, daß es manchem Militär heiß den Rücken hinunterlief...

+ + +